

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 02.07.2012

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 17:01 Uhr - 22:53 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

| | | |
|-------|----|-------------------------------------------------|
| Soll: | 61 | Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin |
| Ist: | 51 | Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin |

Anwesenheit

Entschuldigt

| | | |
|----------------------------------|---------------------------|---------------------|
| Herr Hubert Gintschel | Fraktion DIE LINKE | Urlaub |
| Herr Benjamin Jahn | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ | dienstlich |
| Frau Solveig Kempe | CDU-Ratsfraktion | private Gründe |
| Herr Hans-Peter Lohse | CDU-Ratsfraktion | private Gründe |
| Herr Heiko Schinkitz | Fraktion DIE LINKE | Urlaub |
| Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß | Fraktion FDP | dienstlich |
| Herr Falk Ulbrich | CDU-Ratsfraktion | Urlaub |
| Frau Yvonne Weber | Fraktion DIE LINKE | dienstlich |
| Herr Karl-Friedrich Zais | Fraktion DIE LINKE | Sächsischer Landtag |

Verspätetes Erscheinen

| | | |
|--------------------------|--------------|--------------------------------|
| Herr Dr. Dieter Füsslein | Fraktion FDP | dienstlich; 17:14 Uhr; TOP 5.1 |
|--------------------------|--------------|--------------------------------|

Frühzeitiges Verlassen

| | | |
|--------------------------|------------------------------------|--------------------------------------------------------------|
| Herr Axel Brückom | SPD-Fraktion | privat; 20:33 Uhr; TOP 5.1 |
| Herr Martin Kohlmann | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ | privat; 20:55 Uhr; TOP 5.1 |
| Frau Katrin Köhler | fraktionslos | keine spätere Heimfahrt mit ÖPNV möglich; 22:25 Uhr; TOP 5.5 |
| Herr Dr. Gerhard Schultz | CDU-Ratsfraktion | weitere Verpflichtungen; 21:24 Uhr; TOP 5.1 |
| Frau Petra Zais | Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | privat; 19:11 Uhr; TOP 5.1 |
| Herr Joachim Ziems | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ | privat; 21:01; TOP 5.1 |

beratend Teilnehmende

| | |
|----------------------|---------------------------------|
| Frau Bettina Bezold | Gleichstellungsbeauftragte |
| Herr Berthold Brehm | Bürgermeister Dezernat 1 |
| Frau Karin Genkel | Kinderbeauftragte |
| Frau Nancy Gibson | Leiterin städtische Musikschule |
| Frau Etelka Kobuß | Ausländerbeauftragte |
| Frau Petra Liebetrau | Behindertenbeauftragte |
| Herr Philipp Rochold | Bürgermeister Dezernat 5 |
| Herr Miko Runkel | Bürgermeister Dezernat 3 |
| Frau Petra Wesseler | Bürgermeisterin Dezernat 6 |

Gast

| | |
|----------------------|---------------------|
| Herr Ulrich Geissler | Geschäftsführer CWE |
|----------------------|---------------------|

Bedienstete der Stadtverwaltung

| | |
|------------------------|--------------------------------------|
| Frau Annekatriin Falk | Amtsleiterin Amt 14 |
| Frau Beate Frech | Abteilungsleiterin Abt. 15.4 |
| Frau Gunda Georgi | Amtsleiterin Amt 15 |
| Herr Bernd Gregorzyk | Amtsleiter Amt 66 |
| Frau Angelika Härtel | Amtsleiterin Amt 20 |
| Herr Albert Lonsdorfer | Amtsleiter Amt 30 |
| Herr Holger Pethke | Amtsleiter Amt 51 |
| Herr Norman Schröder | amt. Abteilungsleiter Abt. 52.2 |
| Herr Michael Stötzer | Leiter Gebäudemanagement und Hochbau |
| Frau Cornelia Utech | amt. Amtsleiterin Amt 50 |

Fraktionsangestellte

| | |
|-------------------|--------------------|
| Herr Raimon Brete | Fraktion DIE LINKE |
| Herr Eduard Jenke | Fraktion FDP |
| Herr René Mann | CDU-Ratsfraktion |

Schriftführerin

| | |
|--------------------|----------------------------|
| Frau Ramona Seidel | Sachbearbeiterin Abt. 15.4 |
|--------------------|----------------------------|

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert über einen Nachtrag zur Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgrund eines Eilfalls.

Die Tagesordnung ist mit dieser Änderung festgestellt.

3 Informationen der Oberbürgermeisterin

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

4 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Fortschreibung des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes 2015 (EKKo II)
Vorlage: B-144/2012 Einreicher: OB, D 1, D 3, D 5, D 6

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass mit dem Haushaltsbeschluss im Februar dieses Jahres bekannt war, dass für die Jahre 2014/2015 noch ein Ausgleich geschaffen werden müsse, was mit dem Haushalt für das Jahr 2013 erfolgen sollte. Die Landesdirektion habe jedoch festgelegt, dass dieser Haushaltsausgleich bereits jetzt vorgelegt werden müsse. Sie könne feststellen, dass die Fraktionen versuchen intensiv und konstruktiv an dieser Thematik zu arbeiten und sie hoffe, dass es in der heutigen Sitzung im Interesse der Stadt zu einem guten Ergebnis komme.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass die Stadtratsmitglieder durch die Vorlage eines zweiten Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes zu einer Entscheidung genötigt werden, wobei die Ursache nicht bei der Oberbürgermeisterin bzw. der Stadtverwaltung gesehen werde. Mit dem EKKo sollen Maßnahmen mit langfristiger negativer Wirkung auf das Sozialniveau der Stadt beschlossen werden, was seine Fraktion nicht kritiklos hinnehme. Er begründet die Auffassung. Es gäbe eine finanzielle Schieflage in der Gesellschaft, verursacht durch die Bundes- und mehrere Landesregierungen. Die Lasten dafür tragen jedoch die Steuerzahler und Kommunen, während dessen die Banken mit unvorstellbaren Summen großzügig unterstützt werden. Auch die sächsische Landesregierung sei daran nicht unbeteiligt. Denn nach den neuesten Steuerschätzungen steigen im Land Sachsen bis 2014 die Einnahmen um ca. 21 %, die allgemeine Finanzausgleichsmasse sogar um ca. 25 %, das Land halte das Geld allerdings zurück. Darin sehe seine Fraktion eine Bevormundung der Kommunen. Der ausgehandelte Kompromiss zum Finanzausgleichsgesetz 2013/14 sehe wesentliche Entlastungen für die Kommunalebene vor. Und dennoch solle die Stadt Chemnitz im vorausseilenden Gehorsam schmerzhaft Einschnitte im sozialen und sportlichen Bereich sowie bei der Förderung der Jugend freiwillig beschließen. So werden der Stadtrat und die Chemnitzer Bürger im wahltaktischen Dschungelkrieg der Landesregierung benutzt.

Er kritisiert, dass das EKKo von der Verwaltungsspitze ohne Einbeziehung des Stadtrates erarbeitet wurde und meint, dass mit der Vorlage Antworten auf nachhaltige, strategisch angelegte strukturelle Entwicklungen der Stadt nicht gegeben werden. Die Erarbeitung eines strategischen Konzepts zur mittel- und langfristigen Stabilisierung des Haushalts sei ein unabdingbares Erfordernis, welches eng mit der Erarbeitung des Haushaltes 2013 und der Finanzplanung bis 2016 verknüpft werden müsse. Diese strategischen Überlegungen könnten nicht ohne Beachtung der durch Bund und Land gesetzten Rahmenbedingungen und deren notwendiger Veränderungen gemacht werden. Er sagt, dass nur durch grundsätzliche strukturelle Überlegungen und Entscheidungen weitere Sparpakete vermieden werden können.

Herr Siegel erklärt im Namen seiner Fraktion, dass diese bereit sei, daran mitzuwirken. Wichtig sei dabei auch, die Chemnitzer Bürger einzubeziehen, besonders zur Frage, was sich die Stadt leisten wolle und könne. Er fasst zusammen, dass Bund und Land weiterhin in der Pflicht seien und erst mit dieser Unterstützung eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung möglich sei. Zur Beschlussvorlage äußert er, dass für seine Fraktion eine Reihe der vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen vor allem in den Bereichen Kinder und Jugend, Soziales und Sport fachlich und kommunalpolitisch unakzeptabel sei, da die Grenzen sinnvollen Sparens eindeutig überschritten werden. Realistischen angemessenen Maßnahmen, die zu keinen sozialen Härten führen, werde seine Fraktion dagegen zustimmen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) übergibt im Auftrag des „Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.“ 2000 Unterschriften an die Oberbürgermeisterin.

Er macht deutlich, dass das EKKo in großen Teilen für seine Fraktion nicht akzeptabel sei, da es sich fast ausschließlich gegen Familien, Kinder und Jugendliche, gegen sozial Schwache und gegen bürgerschaftliches Engagement richte. Seine Fraktion verlange von der Oberbürgermeisterin, ihrer Führungskompetenz gerecht zu werden und klarzumachen, dass man nur neue Prestigeobjekte bauen könne, wenn man das nötige Kleingeld dazu habe. Er sagt, dass es sicher wahr sei, dass den Kommunen, besonders den kreisfreien Städten, immer mehr Aufgaben übertragen werden, ohne diese auskömmlich zu finanzieren. Dennoch seien die Sparbemühungen von Land und Bund nicht grundsätzlich falsch und Chemnitz müsse seinen Aufgaben vor allem durch strukturelle Veränderungen nachkommen. Er nennt Beispiele für strukturelle Fehler der Vergangenheit und meint, dass bereits weitere Fehler dieser Art anstehen. So fragt er, was mit dem neuen Stadion werde und wie es verkehrstechnisch angebunden werden soll, da bisher kein Geld für die Verkehrslösungen eingestellt wurde. Einige Vorschläge zu strukturellen Veränderungen habe seine Fraktion mit Änderungsanträgen unterbreitet, welche zeigen sollen, dass gespart werden könne, ohne die Bürger zu belasten. So könne seine Fraktion sich vorstellen, das Marktwesen in Chemnitz auszuschreiben, das Amt für Jugend und Familie mit dem Schulverwaltungsamt zusammenzulegen, moderne Strukturen bei der CWE zu schaffen und die Gewerbesteuer moderat zu erhöhen. Sicher könne man auch über die Kosten in der Jugendhilfe nachdenken, nur müsse hier vorher in Prävention investiert werden, bevor weniger Geld für die Hilfe zur Erziehung benötigt werde. Seine Fraktion bezweifle allerdings mittlerweile den Willen der Stadt zum Sparen, da in Zeiten des EKKo ein Anbau an die Kunstsammlungen vorgeschlagen werde und auch Beschlüsse zum EKKo I nicht umgesetzt werden. Seine Fraktion fordere eine neue Diskussionskultur zwischen der Verwaltung und dem Stadtrat.

Frau Stadträtin Köhler (fraktionslos) meint, dass es Deutschland gut gehe, aber die Kommunen sparen sollen, was ein Widerspruch sei, der Fragen aufwerfe. Die globale Aussage, dass die Kommunen arm und hoch überschuldet seien, sei falsch und diene einzig zur Täuschung der Bürger. Sie äußert, dass die Kommunen nicht entscheiden dürfen, welche Steuern zu zahlen seien und welche weisungsgebundenen Pflichtaufgaben aufgedrückt werden. Es sei aber wichtig, den Menschen zu vermitteln, warum viele Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Man müsse erklären, dass dies nicht vorrangige Schuld der Stadt Chemnitz sei. Sie sagt, dass zwischen dem ständigen Sozialabbau und der von Wirtschafts- und Finanzlobbyisten bestimmten Politik ein direkter Zusammenhang bestehe. Sie lehne jedes Sparpaket ab und fordere die Oberbürgermeisterin auf, bei der Bundes- und Landesregierung entsprechende finanzielle Unterstützung zu verlangen.

Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos) befürchtet, dass mit einem Beschluss zum EKKo künftig Jahr für Jahr neue Sparpakete vorgelegt werden und somit besonders die soziokulturelle Zukunft von Chemnitz in den Sternen stehe. Er meint, dass etwas schief laufe, wenn er als ehrenamtlicher Stadtrat angehalten werde Gegenvorschläge zu Maßnahmen der Verwaltung einzubringen, wo doch dort hauptamtliche Mitarbeiter fachlich wissen müssten, was umsetzbar sei. Auch er weist darauf hin, dass Bund und Land trotz erheblicher Steuermehreinnahmen durch zu niedrige Schlüsselzuweisungen die Stadt in diese finanzielle Situation gebracht hätten. Er werde sich nicht erpressen lassen, dem EKKo zuzustimmen, sei er doch an erster Stelle den Bürgern verpflichtet und müsse ihre Interessen vertreten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien gerade im Kinder- und Jugendbereich sowie auf dem Gebiet des Sports unsozial und werden fatale Auswirkungen für die betreffenden Menschen haben. Er fordert die Stadtratsmitglieder auf, gemeinsam an die Stellen in Bund und Land zu gehen und gemeinsam mit den Bürgermeistern nicht nur mit Worten, sondern auch mit Berichten von den betroffenen Initiativen die Situation nochmals deutlich machen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass Chemnitz vordergründig kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem habe und erinnert in diesem Zusammenhang daran, was sich die Stadt in den letzten Jahren geleistet habe. Er betont aber, dass über viele Jahre in Größenordnungen auch Schulden getilgt wurden. Seitens der Verwaltung wurde versichert, dass parallel zu den Maßnahmen daran gearbeitet werde, die Ausgaben zu minimieren, was offensichtlich nur mit unzureichendem Erfolg gelang. Seine Fraktion müsse leider erkennen, dass es keine sinnvolle Alternative zur Zustimmung zum EKKo gäbe, zumal die Verwaltungsspitze keine wirkliche Konsolidierungsstrategie hinter den Maßnahmen erkennen ließe. Er geht auf den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und erklärt, dass damit ein umfassendes Verwaltungs- und Strukturkonzept gefordert werde. Der einzige Vorwurf, den sich seine Fraktion dabei mache, sei dass sie diesen Antrag nicht schon früher eingebracht habe. Die Erarbeitung dieses Konzeptes solle durch eine Lenkungsgruppe begleitet werden, wodurch auch der Stadtrat in die Pflicht genommen werden solle. Die Verwaltungsspitze werde dabei ausdrücklich aufgefordert, diesen Beschluss ernst zu nehmen, da die CDU-Ratsfraktion zukünftig ihre Zustimmung zu Haushaltssatzungen, Sparpaketen u. ä. davon abhängig machen werde, dass dieser von der Verwaltung umgesetzt werde. So sei auch eine Mehrheit für diesen Änderungsantrag heute die unbedingte Bedingung für die Zustimmung zum EKKo.

Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass dem Stadtrat die Verantwortung für eine Zwangsverwaltung gegeben werde, wenn das EKKo heute nicht beschlossen werde, was er jedoch so nicht stehen lassen könne. Natürlich wäre die Weiterführung der vorläufigen Haushaltsführung eine unendliche Belastung für die Verwaltung. Es sei aber auch eine Tatsache, dass die Stadt in den vergangenen Jahren deutlich über ihre Verhältnisse gelebt habe. Als Beispiele führt er das Museum Gunzenhauser und das Verwaltungsgebäude am Düsseldorfer Platz an. Dabei verausgabte sich die Stadt so sehr, dass für die Landesdirektion die dauernde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr als gegeben angesehen werden konnte. Auch das städtische Theater und das TIETZ hielten die Kosten der Stadt auf höchstem Niveau, dabei sei das Theater mit 25 Mio. € eine der größten Positionen im Haushalt. Laut Bescheid der Landesdirektion übersteigen die gegenwärtig aus dem städtischen Haushalt an die Städtische Theater Chemnitz gGmbH und den Eigenbetrieb TIETZ fließenden Zuschüsse das derzeitige wirtschaftliche Leistungsvermögen in beträchtlichem Maße. Diese zwei Einrichtungen seien jedoch im EKKo nicht zu finden. Anstatt hierüber eine Strukturdebatte zu führen, werden mit dem EKKo Maßnahmen vorgelegt, die keine Auswahlmöglichkeiten beinhalten.

Seine Fraktion werde sich an diesem Irrsinn nicht beteiligen und sehe nicht nur Schlechtes in einer Zwangsverwaltung. Positiver Nebeneffekt wäre, dass die Landesdirektion der Stadt endlich erklären würde, was Pflichtaufgaben sind und was nicht.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) stellt fest, dass es auch für seine Fraktion keine schöne Angelegenheit sei, ein EKKo zu beschließen. Aber die Stadtratsmitglieder seien gewählt worden, um etwas für die Stadt zu tun und seine Fraktion ziehe daraus die Konsequenz das zu tun, was an dieser Stelle noch getan werden könne. Er sieht, dass neben den Ausgabeproblemen auch Einnahmeprobleme stehen, welche eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen angehe. Seine Fraktion sehe auch auf Bundesebene Möglichkeiten für die finanzielle Unterstützung der Kommunen. Er sagt, dass sich in Anbetracht der Situation ein breiterer Konsens für die heutige Beschlussfassung im Stadtrat abzeichne, was auch durch fraktionsübergreifende Gesprächsrunden und Verhandlungen erreicht wurde. Er stellt abschließend fest, dass es keine Wahl gäbe, denn die Konsequenzen eines nicht bestätigten Haushaltes wäre, dass es keine Investitionen und ggf. überhaupt keine beschlossenen Haushalte für die Stadt in den nächsten Jahren gäbe. Er appelliert nochmals an die Stadtratsmitglieder ihrer Verantwortung für die Stadt gerecht zu werden.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) erklärt, dass sich die Fraktionen zur Haushaltsberatung fraktionsübergreifend einig waren, dass der Haushaltsplan und das EKKo durch die Verwaltung im Verbund hätte vorgelegt werden müssen. Er sagt, dass das EKKo I ziemlich löchrig war und das gewünschte Konsolidierungspotential nicht erreicht wurde. Seine Fraktion bleibe bei der Meinung, dass die Einnahmen nicht permanent den Ausgaben angepasst werden könnten, da dies die Bürger zusätzlich belaste. Er nennt mit dem Neuverlegen von Platten am Schocken oder am Annenplatz und dem Spielplatz am Johannesplatz Beispiele für Ausgaben, die unverständlich und nicht nachvollziehbar seien. Solange Prestigeobjekte vor der Pflicht und Notwendigkeit stünden, sehe sich seine Fraktion veranlasst, Maßnahmen wie eine Erhöhung der Grundsteuer abzulehnen. Zum Theater erinnert er, dass es bereits im Rahmen des EKKo I einen Beschluss gäbe, welcher erhebliches Konsolidierungsvolumen erbringen sollte, dieser jedoch nicht umgesetzt wurde. Er bittet deshalb Frau Oberbürgermeisterin Ludwig und Herrn Bürgermeister Rochold verbindliche Aussagen über den damaligen EKKo-Beschluss zum Theater zu machen. Hierzu gibt er einen Änderungsantrag ab.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schlägt vor, dass zunächst zu übergreifenden Änderungsanträgen der Fraktionen, anschließend über vollständig neue Maßnahmen und zum Schluss über Änderungsanträge zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen beraten und entschieden werde.

Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.

Änderungsanträge mit übergreifenden Vorschlägen, zu denen keine Maßnahme in der Beschlussvorlage enthalten ist

- ⇒ Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, Kürzung der Aufwendungen für Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen und zur Erarbeitung eines Verwaltungs- und Strukturkonzeptes

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) beantragt Einzelabstimmung zu den Punkten I bis III.

Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion) spricht gegen die Einzelabstimmung, da der Änderungsantrag auf bestimmte Annahmen fußt, welche enthalten sind und durch Einzelabstimmung zerpfückt werden würden.

Abstimmung über den Antrag auf Einzelabstimmung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) bringt aufgrund der abgelehnten Einzelabstimmung folgenden Änderungsantrag zum Punkt I ein:

„Die Schlüsselzuweisungen sind in den Jahren 2013 bis 2015 um jeweils 5 Mio. € zu erhöhen.“

Abstimmung über den Änderungsantrag die Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(12 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
14 Stimmenthaltungen)**

- ⇒ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE zur Erarbeitung eines strategischen Konzeptes zur Stabilisierung des Haushaltes

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt folgende Aktualisierung zum Änderungsantrag ein, bei welcher der Teil der Beteiligung der Bürgerschaft bei der Abstimmung dieses Konzeptes entnommen wurde:

„Die SVC wird beauftragt, bis zum März 2013 ein strategisches Konzept zur mittel- und langfristigen Stabilisierung des Haushaltes und des Erhalts der Leistungsfähigkeit der Stadt Chemnitz zu erarbeiten. Das Konzept ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Zwingend hat das Konzept folgende Bestandteile, einschließlich der daraus resultierenden Handlungsoptionen zu enthalten:

- a) Kritik aller Verwaltungsabläufe (Ziel schlankere Strukturen/serviceorientierte Abläufe)
- b) Kritik aller Leistungen (pflichtig, freiwillig) hinsichtlich des Bedarfs und der Effizienz
- c) Kritik aller Beteiligungen unter den Aspekten Daseinsfürsorge / Erträge für die Kommune
- d) Kritik der erfolgten Privatisierungen / Ausgliederungen von Leistungen/ Einrichtungen/ Vermögen
- e) Prüfung von möglichen Ausgliederungen/Ausschreibung
- f) Prüfung/Darstellung möglicher Rekommunalisierung (z. B. Stadtbeleuchtung)
- g) Prüfung/Darstellung von neuen Feldern der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt (regenerative Energie)
- h) Kriterien für die Prioritätseinstufung von städtischen Investitionen“

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (15 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

- ⇒ Änderungsantrag der Fraktion FDP, welcher von Herrn Stadtrat Meyer während der Sitzung eingebracht wurde

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung im November 2012 das Konzept für Fortbestand und Weiterentwicklung des Kulturbetriebes „Städtische Theater GmbH“ vorzulegen. Der Vorlage zugrunde zu legen ist das Konzept des Generalintendanten.“

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (28 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
 7 Stimmenthaltung)**

Änderungsanträge mit neu vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen

- ⇒ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass Chemnitz nicht nur ein Ausgabe-, sondern auch ein Einnahmeproblem habe. Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass in einer schwierigen finanziellen Situation der Kommune auch die eigenen Einnahmen angeschaut werden müssten. Die Gewerbesteuer sei eine der stabilsten kommunalen Steuern und sei in Chemnitz über viele Jahre nicht erhöht worden. Sie erklärt, dass die beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte ca. 2,23 % betrage. Sie führt zur Argumentation, dass mit einer erhöhten Gewerbesteuer Unternehmen ggf. aus Chemnitz vertrieben werden aus, dass Studien ergaben, dass die Entscheidung, wo sich Unternehmen ansiedeln nicht vordergründig mit der Höhe der Gewerbesteuer zu tun hätte. Sie führt anhand verschieden großer Unternehmen aus, was die Anhebung der Grundsteuer in dieser Höhe tatsächlich für die einzelnen Unternehmen bedeute.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(8 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

⇒ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reduzierung des Zuschusses an die C³ Chemnitzer Veranstaltungszentrum GmbH

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass an dem Grundsatzbeschluss zum Bau eines Kongresszentrums nicht gerüttelt werden solle, aber man sich Prestigeobjekte nur leisten könne, wenn das nötige Geld vorhanden sei. Da dies in Chemnitz derzeit nicht der Fall sei, sich die Baukosten erhöht haben und auch die Gefahr bestehe, dass die Betriebskosten nicht durch die Nutzung gedeckt werden, schlage seine Fraktion eine Verschiebung und eventuelle Überplanung des Projekts vor. Das Konsolidierungspotential betrage dabei 1,3 Mio. €.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass auch der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Bürgermeister Brehm, der Auffassung sei, dass diese Thematik erst weiter verfolgt werden solle, wenn es in den Haushalt einzuordnen sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

⇒ Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur höheren Bundeserstattung Grund-
sicherung nach SGB XII

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
16 Stimmenthaltungen)

⇒ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zusammen-
legung der Ämter 51 und 40

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass dieser Änderungsantrag auch im Sinne des beschlossenen Konzeptes des Änderungsantrages der CDU-Ratsfraktion und eine Zusammenlegung rechtlich möglich sei.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) informiert, dass die Städte Leipzig und Dresden, in denen diese Ämter ebenfalls zusammengeführt wurden, Teilnehmer eines Projektes seien. Ergebnisse aus den Erfahrungen der Zusammenlegung seien für Ende 2012 zu erwarten und diese sollten vor einer Beschlussfassung abgewartet werden.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) ist der Auffassung, dass mit dem Beschluss nicht gewartet werden solle, da bereits mit dem EKKo I beschlossen wurde, den Bereich Bildung zu schaffen. Im Jugendhilfeausschuss wurde die Umsetzung des Beschlusses bereits mehrfach angemahnt, da dies der richtige Weg sei, Ressourcen zu binden. Er weist darauf hin, dass bei einer Zusammenlegung das Schulverwaltungsamt dem Amt für Jugend und Familie angegliedert werden müsse, da Aufgaben der Jugendhilfe laut SGB VIII nicht in einem anderen Amt durchgeführt werden dürfen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass es gut sei, dass die Ergebnisse des Pilotprojektes 2012 vorgelegt werden sollen, da im Änderungsantrag seiner Fraktionen die Konsolidierungsmöglichkeiten erst für die Jahre 2014/15 aufgeführt wurden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass die Zusammenlegung sinnvoll und logisch erscheine und hierzu der Leiter des Jugendamtes angehört werden solle.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) stellt klar, dass Leipzig und Dresden den Zuschlag für die Teilnahme am Pilotprojekt erhalten haben und aus diesem Grund dort bereits die Zusammenlegung erfolgte. Die Ergebnisse hätten nach seiner Meinung nicht direkten Einfluss auf die Verwaltungsstruktur und deshalb könne dem Änderungsantrag zugestimmt werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass der Änderungsantrag verlockend erscheine, aber ein Vorgriff und ein Herausgreifen einer Einzelmaßnahme auf das beschlossene Verwaltungsstrukturkonzept wäre und so schlecht zu beurteilen sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
6 Stimmenthaltungen)**

⇒ gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE
zur Kostenreduzierung beim städtischen Fuhrpark

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag mittrage und bittet in den Punkt 2 des Antrages Carsharing mit aufzunehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass die praktische Umsetzung im Nachhinein noch vertieft werden könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (49 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

⇒ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Steigerung
 der Ertragssituation des städtischen Marktwesens

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass das Marktwesen in Chemnitz keinen Gewinn für die Stadt mache. Es solle daher versucht werden die Märkte auszuschreiben.

Herr Bürgermeister Runkel meint, dass der Änderungsantrag nicht zielführend sei. Das Marktwesen sei nicht da um Erträge zu erzielen, sondern es sei eine Kostenrechnende Einheit. Er informiert, dass es in bestimmten Bereichen bereits Ausschreibungen gäbe und erinnert an den Weihnachtsmarkt, wo es allein dem Marktwesen geschuldet sei, dass dieser bereits mehrfach zum schönsten Weihnachtsmarkt Sachsens gekürt wurde. Er fügt hinzu, dass die Geschäftsführer der C³ den Auftrag haben zu prüfen, inwieweit bestimmte Teile des Marktwesens durch die C³ übernommen werden können, wobei die Vergabe von Märkten an Eigenbetriebe problematisch sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ist der Auffassung, dass sich diese Thematik im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Überlegungen zu Strukturveränderungen angesehen werden solle, zumal es finanziell nicht zu unterlegen sei.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Veränderungen von Strukturen abgelehnt wurde und deshalb der Antrag so bestehen bleibe. Es gehe hierbei um einen Prüfauftrag. Er bezieht sich auf die Aussage, dass bestimmte Teile der Märkte zur Prüfung an die C³ gegeben wurden und meint, dass das nicht korrekt sei und besser eine Ausschreibung erfolgen solle.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass lediglich geprüft werden solle, ob Veranstaltungen, die in das Portfolio passen an die C³ übergeben werden könnten.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (10 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
 6 Stimmenthaltungen)**

Änderungsanträge zu vorgeschlagenen Maßnahmen der Beschlussvorlage

⇒ Maßnahme E II 15/12

Es wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Mit der Bestätigung des Änderungsantrages entfällt die Abstimmung über die Maßnahme.

⇒ Maßnahme E II 15/13

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

⇒ Maßnahme E II 11/04

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

⇒ Maßnahme E II 17/12

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt Herrn Bürgermeister Brehm, wie er den Änderungsantrag der Fraktion FDP einschätze.

Herr Bürgermeister Brehm erklärt, dass der Mietvertrag bis 2012 laufe und die Senkung der Mietkosten ständiges Thema sei. Er sehe den Änderungsantrag als langfristigen Auftrag, welcher die Maßnahme nicht verändere.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) erwidert, dass mit dem Änderungsantrag das Mietverhältnis neu geprüft und das Ergebnis dem Stadtrat vorgelegt werden solle.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) stimmt Herrn Brückom zu und betont, dass nicht nur 120.000 € gespart werden sollen, sondern aufgrund von Verhandlungen mehr Einsparungen möglich werden sollten.

Herr Bürgermeister Brehm stellt dar, dass natürlich mit dem Vermieter bereits verhandelt wurde, ein besseres Ergebnis jedoch nicht erreicht werden wird.

Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ) geht davon aus, dass eine höhere Reduzierung möglich sei.

Herr Bürgermeister Brehm erinnert, dass sich die Stadt Chemnitz aufgrund eines Stadtratsbeschlusses in den Moritzhof eingemietet habe. Dieser Mietvertrag gehe bis 2022. Mit der vorgeschlagenen Maßnahme der Verwaltung gehe es darum, dass der Mietpreis sofort abgesenkt werde und im Gegenzug die Mietdauer für weitere fünf Jahre verlängert werde. Werde die Maßnahme heute abgelehnt, werde die Miete bis 2022 weiter gezahlt und ggf. ab 2018 könne über diese Problematik neu diskutiert werden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ) sagt, die Frage sei, ob sich die Einsparungen mit der vorgeschlagenen Maßnahme gegenüber einem Umzug bereits 2022 rechnen ließe.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 17/13

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 17/14

Es wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(39 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
8 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II FiWi/13

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt
(50 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 32/05

Es wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion dem Eindruck entgegengewirkt werden solle, dass es bei der stationären Geschwindigkeitsüberwachung lediglich um „Abzocke“ gehe. Deshalb konzentrierte sich der Antrag auf die Ordnung und Sicherheit insbesondere im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten. Zur Maßnahme 32/06 führt er aus, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion darauf abziele, dass die Maßnahme nicht mit zusätzlichem, sondern verwaltungsintern mit bereits vorhandenem Personal erfolge.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass vor Schulen und Kindertagesstätten wechselnde mobile Überwachungen erforderlich seien und dies teurer werden würde.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass das verkehrspolitische Ziel darin bestehe, an großen Einfallstraßen stationäre Überwachungen zu errichten. Er sei jedoch grundsätzlich für das Anliegen der CDU-Ratsfraktion und unterstütze dies. Zu den mobilen Überwachungen gibt er zu bedenken, dass die Mitarbeiter bereits an der Belastungsgrenze seien. Zur Maßnahme 32/06 erklärt er, dass Konsens bestehe, dass dies verwaltungsintern kostenneutral umgesetzt werden müsse.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) spricht sich gegen Blitzer vor Schulen aus. Er stellt fest, dass es eine Straßenverkehrsordnung gäbe, an die sich jeder halten müsse. Verstöße dagegen lägen in der Schuld des Verursachers. Wenn sich viele Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzungen hielten und die Stadt dadurch Einnahmen erziele, werde er nicht dagegen stimmen.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass sie sowohl gegen die Maßnahme als auch gegen den Änderungsantrag sei, da nach ihrer Meinung die Grenze überschritten sei. Sie denkt, dass es hierbei nicht um Sicherheit, sondern um Gebühreneinnahmen gehe. Abschließend erklärt sie, dass die Verkehrssicherheit vor Schulen und Kindertagesstätten z. B. durch Schülerlotsen erfolgen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig findet die Intention des Änderungsantrages für richtig und sagt, dass es auch vermehrt Bitten von Eltern gäbe, dass in diesen Bereichen Geschwindigkeitsüberwachungen erfolgen.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) meint, dass der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion fachlich falsch sei, weil die stationäre Überwachung dort nichts bringe. Hier sollten mobile Geschwindigkeitsüberwachungen eingesetzt werden.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
9 Stimmenthaltungen)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) gibt eine persönliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten ab und sagt, dass sie den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion abgelehnt habe.

⇒ Maßnahme E II 32/06

Es wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass der Konsolidierungsbetrag mit dem Verhältnis der Maßnahme nicht übereinstimme.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 40/10

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 40/11

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 40/12

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 50/16

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 50/17

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Pause von 19:27 Uhr bis 19:43 Uhr

⇒ Maßnahme E II 50/18

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die weitere Verringerung der Fallzahlen durch Vermittlung als positives Zeichen gesehen werde. Mit dem Änderungsantrag werde die Verwaltung aufgefordert, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2009 umzusetzen und bis Ende 2012 dem Stadtrat ein schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft vorzulegen. Auch die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket seien ohne Einschränkungen vorzunehmen. Es stimme bedenklich, dass eine Regelung im Gesetz von der Verwaltung so ausgelegt werde, dass Kinder während der Ferien im Hort keinen Anspruch auf einen Zuschuss für das Mittagessen haben. Die Fraktion DIE LINKE werde der Maßnahme unter der Voraussetzung zustimmen, dass es zu keinen Kürzungen bei den Leistungen, auf welche Anspruch bestehe, komme.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) erklärt, dass er sich bei der Abstimmung zum Änderungsantrag enthalten werde, da die Punkte 1 und 2 entbehrlich, da Gesetzeslage, seien. Er informiert darüber, dass festgelegt wurde, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um noch bestehende Unklarheiten zu den KdU auszuräumen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig macht Ausführungen zum Punkt 2 und erklärt, dass dieser den Ansatz aus dem Gerichtsurteil konterkariere. Sie bittet um Einzelabstimmung und den Punkt 2 so nicht zu beschließen. Sie informiert, dass ein gefordertes schlüssiges Konzept derzeit in Erarbeitung sei.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) meint, dass es bei der Senkung der KdU-Kosten darum gehe, nicht auf Leistungen einzugehen, welche die Kommune selbst regulieren könne. Zur Abstimmung mit den Wohnungsgesellschaften sagt sie, dass der Stadtrat dazu noch keine Informationen habe, sie fordere aber, dass der Stadtrat bereits im Vorfeld einbezogen werde.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erinnert an die Information der Verwaltung, dass es mit der Maßnahme darum gehe, Leistungen nur aufgrund der sinkenden Fallzahlen zu senken. Seine Fraktion werde der Maßnahme nur zustimmen, wenn der Änderungsantrag in allen drei Punkten beschlossen werden solle.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) ergänzt, dass durch das Land eine Verwaltungsvorschrift erlassen werden müsse und die Stadt Chemnitz daraufhin eine Richtlinie erlassen könne.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) geht auf die Einzelabstimmung der Punkte ein und sagt, dass die Richtlinie in Arbeit sei. Bei schlechter Einbeziehung des Stadtrates in die Erarbeitung solle durch die Mitglieder des Sozialausschusses eine Mitarbeit eingefordert werden. Er lehne den Punkt 2 ab, da der Erarbeitung Grenzen gesetzt werden, die jetzt nicht überschaubar sind. Er bittet die Punkte getrennt abzustimmen.

Herr Bürgermeister Rochold stellt klar, dass der Punkt 2 der Entscheidung des Bundessozialgerichtes widersprechen würde, da es kein schlüssiges Konzept mehr wäre. Zum Punkt 3 erklärt er, dass das Bildungs- und Teilhabepaket mit der vorgeschlagenen Maßnahme nichts zu tun habe.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass dies in den Vorgesprächen nicht benannt wurde und der Maßnahme so nicht zugestimmt werden könne.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) bringt vor, dass sie die Frage zur KdU-Richtlinie bereits im März dieses Jahres im Sozialausschuss gestellt habe und dort informiert wurde, dass die Vorlage im April auf die Tagesordnung gesetzt werden solle, was allerdings nicht erfolgt sei. Sie gehe davon aus, dass mit den KdU auch das Bildungs- und Teilhabepaket mitfinanziert werde.

Oberbürgermeisterin führt aus, dass es Ziel sei, durch eine verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt und damit sinkender Fallzahlen die Ausgaben zu senken. Andererseits handle es sich um eine Pflichtleistung. Sie schlägt vor, dass der erste Halbsatz des Punktes 2 bestehen bleibe, sich aber nicht auf die Tabelle 1 festgelegt werde.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) stimmt dieser vorgeschlagenen Änderung zu.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(43 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(40 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
8 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 50/19

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(41 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

⇒ Maßnahme E II 50/20

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
3 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 50/21

Es wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (35 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
 7 Stimmenthaltungen)**

Somit entfällt die Abstimmung über die Maßnahme.

⇒ Maßnahme E II 51/14a

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) legt dar, dass es eine Vereinbarung mit den Freien Trägern gäbe, dass diese einen Eigenanteil an den Betriebskosten von 2 % bringen sollten. Dieser Betrag konnte bei einigen Einrichtungen schon jetzt nicht erreicht werden. Mit der vorgeschlagenen Maßnahme müssten die Träger 1,25 % der Betriebskosten bei den Sach- und Personalkosten erbringen. Die Kosten wären damit dreimal so hoch. Sie sagt, dass die Einsparungen hier nur bei den Personalkosten erfolgen könnten, ein gesetzlich vorgeschriebener Personalschlüssel jedoch einzuhalten sei. Da diese Maßnahme zu Lasten der Erzieherinnen und somit zu Lasten der Bildung gehe, werde ihre Fraktion der Maßnahme nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) ergänzt, dass für diese Maßnahme ein Vergleich fehle, wie viele Träger in der Lage seien, die ausgewiesenen Betriebskostenanteile in anderen Städten zu zahlen. Er sagt, dass nach Rückfrage in Dresden bekannt sei, dass dies dort kaum ein Träger schaffe. Somit werden für fast alle Träger dort Betriebskostenabweichungen erstellt, welche nach unten abweichen. Sollte man selbiges in Chemnitz tun und damit den Verwaltungsaufwand im Jugendamt erhöhen, sei dies nach seiner Auffassung nicht zielführend. Die Freien Träger sollten verpflichtet werden, die Betriebskosten zumindest auf dem bisherigen Niveau der Sachkosten zu zahlen. Damit würde Verwaltungsaufwand gespart werden. Ein weiteres Problem der Neuregelung betreffe Träger, die ein größeres Leistungsspektrum als nur Kindertagesstätte habe. Somit werden mit der Maßnahme mehr Probleme geschaffen, als der Nutzen wäre und deshalb sollte die Maßnahme abgelehnt werden.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (4 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 51/14b

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) stellt klar, dass nur die aufgrund von Geburtenrückgang nicht beanspruchten Plätze betroffen seien.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 51/15

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion diese Maßnahme ablehnen werde, da es sich hier um eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes handle. Der Rechtsanspruch auf einen Platz in Kindertageseinrichtungen sollte am Kind und nicht an den Eltern festgemacht werden. Mit der Maßnahme werde die bisher geleistete Arbeit kaputt gemacht.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) bittet darum, dass Maßnahmen, die absehbar keine Mehrheit erhalten werden, nicht endlos lang kommentiert werden.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(10 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 51/16

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 51/17

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 51/18

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
12 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 51/19

Es wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass auch der Änderungsantrag eine weitere Kürzung in dem Bereich vorsehe, wovon er warnen möchte. Mit dem EKKo I wurde beschlossen, dass im Jahr 2013 eine Evaluation dieser Maßnahme erfolgen solle. Er sagt, dass jede Einsparung in diesem Bereich bei den Hilfen zur Erziehung als Erhöhung erfolgen werde, da es sich hier um Pflichtleistungen handle. Er erinnert, dass in den letzten Jahren im Bereich der Jugendhilfe bereits eine Einsparung von ca. 1,6 Mio. € realisiert wurde. Er bittet um Ablehnung des Änderungsantrages als auch der Maßnahme.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Hopperdietzel zu und erklärt, dass ein schlüssiges Konzept vor geplanten Einsparungen vorliegen müsse.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion ein schlüssiges Konzept auf der Grundlage nachweisbarer Bedarfe vorzulegen sei. In diesem Zusammenhang solle über eine Reduzierung nachgedacht werden. Er ergänzt, dass dies ggf. eine Maßnahme sei, die bei einer veränderten Haushaltssituation abgemildert werden könne.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass er das Vorlegen eines Konzeptes befürworte, der Änderungsantrag der SPD-Fraktion aber dieses Konzept an Zahlen binde.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, wenn es damit um eine Einsparung in Höhe von 590.000 € gehe. Wenn aber lediglich die Möglichkeit einer Reduzierung geprüft werden solle, hätte dieser Antrag nichts im EKKo zu suchen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig legt dar, dass die Zielbeschreibung gut sei und wenn es nicht leistbar sei mit den nächsten Haushalten korrigiert werden könne.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) meint, dass der Weg legitim sei, aber nicht die Summe.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) gibt zu Bedenken, dass die Erarbeitung eines Konzeptes durch Herr Bürgermeister Rochold subjektiv beeinflusst werden könnte.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) stimmt Herrn Lehmann zu und hält den Änderungsantrag der SPD-Fraktion strukturell für falsch, da mit dem EKKo nur Maßnahmen beschlossen werden könnten, die eine konkrete Einsparmöglichkeit greifbar hätten.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) betont, dass Umsetzungsbedingung für die Maßnahme die Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss sei und somit eine Kontrolle gegeben sei.

Abstimmung über die den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(10 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 52/16

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 52/17

Es wurde je ein Änderungsantrag der Fraktion FDP und der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) spricht zu den Maßnahmen 52/17 bis 52/19. Sie stellt fest, dass sich die Wasserfläche nach der Schließung von drei Bädern in Chemnitz deutlich reduziert habe. Eine weitere Reduzierung stelle die Existenz des Chemnitzer Schwimmsports in Frage. Sie sagt, dass die Sportverwaltung bisher alles daran setzte Bäder weiter zu betreiben. Durch die Fraktionen des Stadtrates gäbe es ein Bekenntnis zum Erhalt des Freibades Bernsdorf. Mit der in der Maßnahme 52/19 enthaltenen Orientierung auf einen möglichen Bäderneubau nährt die Verwaltung die Hoffnung auf ein neues Bad. Gemeinsam solle versucht werden bis zum Neubau eines Bades beide Bäder weiter zu betreiben. Die Umsetzung des EKKo II würde zum Ende des Chemnitzer Schwimmsports führen. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag eingereicht.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) erklärt, dass sich seine Fraktion über das hohe bürgerschaftliche Engagement für die Erhaltung des Freibades Bernsdorf freue. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Planschbecken entgegen der Ausführungen in der Beschlussvorlage B-046/2012 in Ordnung sei.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Mitarbeiter des Sportamtes es mit den wenig zur Verfügung stehenden Mitteln geschafft haben, die Bäder in Bernsdorf zu erhalten. Er betont, dass die Schwimmhalle Bernsdorf für den Vereins- und Dienstsport sowie für den Schulsport benötigt werde. So lange es kein schlüssiges Konzept gäbe die Nutzungszeiten zu verlagern, werde es für eine Schließung des Bades keine Zustimmung seiner Fraktion geben. Eine Privatisierung des Freibades Bernsdorf werde ebenfalls abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Somit entfällt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 52/18

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt
(48 Nein-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 52/19

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt
(47 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 52/20

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass diese Maßnahme ein konkretes Beispiel für Verwaltungstätigkeit vom „grünen Tisch“ aus sei, obwohl von deren Umsetzung Tausende Chemnitzer betroffen seien und für deren Realisierung der Deutsche Olympische Sportbund und Landessportbund als Partner benötigt würden. Die Begründung der Vorlage sei sportpolitisch und -fachlich falsch, was sie anhand von Beispielen belegt.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) stimmt zu, dass die Maßnahmebezeichnung falsch sei, da es nicht um Hochleistungssport sondern lediglich um Nachwuchstraining im Kinder- und Jugendbereich gehe. Dennoch sei der Vorschlag der Verwaltung in sich konsistent, da es keine Pflichtaufgabe der Kommune sei, in den Trainerbereichen zu investieren. Die SPD-Fraktion könne der Maßnahme zustimmen, da festgeschrieben sei, dass die Maßnahme ab 2015 umgestellt und nicht eingestellt werde. Seine Fraktion werde einer Abschaffung der Trainerstellen ab 2015 nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) fragt, welche Aussage nun die richtige sei.

Herr Bürgermeister Rochold führt aus, dass geplant sei, dass Bund und Land ab 2015 die Kosten für die Trainerstellen übernehmen werden. Zu den Regionaltrainerstellen erklärt er, dass diese mit den Stellen dieser Maßnahme nicht unmittelbar etwas zu tun haben und nur durch die Stadt Chemnitz als freiwillige Aufgabe unterstützt werden. Da es sich um Leistungssport handle, müssen Bund und Land beteiligt werden, weil diese davon partizipieren.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass Chemnitz die einzige Stadt in Sachsen sei, welche die Trainerstellen finanziere, weil es wichtig sei. Jedoch müssten sich Bund und Land auch an die Ressourcen beteiligen.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass es unstrittig sei, dass es sich hier um eine freiwillige Aufgabe handle. Hierbei müsse aber jeder Verein, der sich einen Trainer leiste 20 % der Kosten tragen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(28 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Somit entfällt die Abstimmung über die Maßnahme.

⇒ Maßnahme E II 52/21

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 52/22

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
3 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 53/14

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) spricht zu den Maßnahmen 53/14 bis 53/16. Sie erklärt, dass Gesundheitsprävention genau so zu den Aufgaben des Gesundheitsamtes gehöre wie die Erfüllung der Pflichtaufgaben. Weitere Einschnitte zu beschließen sei nicht sinnvoll. Bereits im EKKo I wurden 7,9 AE zur Kürzung vorgeschlagen, 3,5 AE durch Stadtratsbeschluss jedoch zurückgegeben.

Nun würden wieder 3,15 AE maßgeblich in der Kinder- und Jugendmedizin zur Disposition gestellt. Nach Auffassung ihrer Fraktion sei ein weiterer Stellenabbau im Gesundheitsamt nicht vertretbar.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 53/15

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 53/16

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

⇒ Maßnahme E II 53/17

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)

⇒ Maßnahme E II 23/06

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(44 Ja-Stimmen)

⇒ Maßnahme E II 23/07

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (42 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

⇒ Maßnahme E II 23/08

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

⇒ Maßnahme E II 62/03

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (43 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 63/02

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (43 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 66/23

Es wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (38 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen)**

Somit erfolgt keine Abstimmung über die Maßnahme.

⇒ Maßnahme E II 66/24

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

⇒ Maßnahme E II 66/25

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 66/26

Es wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion) führt zum Änderungsantrag seiner Fraktion aus, dass mit diesem ein Konsens gefunden werden solle, gegenüber den Bediensteten der Stadtverwaltung und des Klinikums, welche für Stellplätze bezahlen müssen.

Frau Bürgermeisterin Wesseler weist darauf hin, dass Schulhöfe zur SE 17 gehören und somit dieser Anteil der zu verfolgenden Maßnahme dort realisiert werden müsse.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme E II 66/27

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen)**

⇒ Maßnahme E II 65/04e

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

⇒ Maßnahme 41/01e

Es wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass eine Erhöhung mit der Maßnahme über das 3½fache unangemessen scheint. Eine Verdopplung entsprechend des Änderungsantrages seiner Fraktion werde die Konsolidierung ebenfalls unterstützen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass seine Fraktion die Gebührensatzung sowohl inhaltlich als auch zum jetzigen Zeitpunkt ablehne. Erst im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Musikschule mit dem Tietz solle diese vorgelegt werden. Auch gehöre eine Gebührensatzung nicht in das EKKo, sondern müsse dem Wohl der Musikschule dienen. Er weist darauf hin, dass die Musikschule so effizient wie nie zuvor arbeite und somit eine Gebührenerhöhung nur für die Konsolidierung genutzt werde. Mit der Gebührenerhöhung gehe es wohl auch darum, die Wartelisten zu verkürzen, da mit erhöhten Gebühren, weniger Anmeldungen erfolgen werden. Dabei sollte eine Gebührenerhöhung der Qualitäts- und Quantitätsverbesserung an der Schule dienen. Seine Fraktion erwarte von der Verwaltung eine Beratungsvorlage zur Zukunft der Musikschule. Abschließend weist er darauf hin, dass es der Musikschule als städtischem Unternehmen nicht darum gehen könne, Profit zu erwirtschaften.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) stimmt Herrn Lehmann zu, dass die Einbindung der Gebührensatzung in das EKKo unglücklich sei. Mit dem Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion werde versucht, die Gefahr zu bannen, dass die Aufnahmegebühr abschreckend wirke. Sie denkt, in der moderateren Form könne diese Aufnahmegebühr für die Arbeit der Musikschule akzeptiert werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über die Maßnahme in geänderter Fassung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

⇒ Maßnahme 50/10-01

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Maßnahme

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-144/2012

Der Stadtrat bestätigt die EKKo-Maßnahmen der Anlage 3 der Beschlussvorlage einschließlich aller beschlossenen Änderungen.

Pause von 21:22 bis 21:32 Uhr

- 5.2 Betreibung des Freibades Bernsdorf bis 2015 auf der Grundlage der Ekko-Maßnahme 52/09 mit Unterstützung der "Freunde des Freibades Bernsdorf"
Vorlage: B-046/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 52
-

Zur Beschlussvorlage wurden zwei Änderungen der Verwaltung sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass dieser Sachverhalt bereits unter TOP 5.1 mit dem EKKo II beraten und beschlossen wurde und der ausgereichte Änderungsantrag kompatibel mit dieser Entscheidung sei.
Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-046/2012

Der Stadtrat beschließt die Betreibung des Freibades Bernsdorf bis 30.09.2015 mit Unterstützung der „Freunde des Freibades Bernsdorf“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

- 5.3 Gebührensatzung der Stadt Chemnitz für die Städtische Musikschule Chemnitz
Vorlage: B-080/2012 Einreicher: Dezernat 5/SE 41
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-080/2012

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung der Stadt Chemnitz für die Städtische Musikschule Chemnitz entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich der beschlossenen Änderung zum § 4 Absatz 1.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 5.4 Finanzierung der Baumaßnahme Zschopauer Straße (B 174)
Vorlage: B-187/2012 Einreicher: Dezernat 1/Amt20
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zunächst zum Ergebnis aus der Beschlussfassung zum EKKo II, dass eine Deckungslücke zur erforderlichen Summe von 15 Mio. € besteht, da ca. 600.000 € Konsolidierungsbetrag weniger beschlossen wurden. Über den Ausgleich werde in der morgigen Haushaltsklausur der Verwaltungsspitze beraten werden.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf zur Beschlussvorlage.

Beschluss B-187/2012

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschlag für die Baumaßnahme Zschopauer Straße zu erteilen.
2. Die Finanzierung der Eigenmittel erfolgt im Haushaltsjahr 2012 durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve, sofern keine anderen Deckungsmittel zur Verfügung stehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 bis 2015 vorrangig zu sichern.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)**

- 5.5 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses Nr. B-067/2012 vom 30.05.2012 - Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 292/12 der Gemarkung Stelzendorf im Gewerbegebiet "An der Jagdschänkenstraße" - Südwest-Quadrant
Vorlage: B-197/2012 Einreicher: Dezernat 6 / Amt 23/Amt 66
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig begründet, warum die Beschlussvorlage als Eilfall auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden musste. Sie weist darauf hin, dass für bestimmte Informationen bzw. Fragen die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt werden müsse, sofern Firmeninterna berührt seien.

Herr Geissler (Geschäftsführer CWE) stellt die Hintergründe der Beschlussvorlage dar. Er informiert, dass die IAV seit längerer Zeit auf der Suche nach einem passenden Standort in Chemnitz sei und auch die Belegschaft darum bat, den Firmenstandort in Chemnitz beizubehalten. Im April 2012 wurde ein erstes unkonkretes Interesse der Firma für den 4. Bauabschnitt im Südwest-Quadranten geäußert. Daraufhin wurden durch die CWE die entsprechenden zur Verfügung stehenden Flächen, ohne die Fläche, die für das Unternehmen Schrag vorgesehen war, vorgeschlagen. Am 14.06.2012 äußerte die IAV gegenüber der Oberbürgermeisterin die Absicht in Kaufverhandlungen für die Gesamtfläche einzutreten. Herr Geissler geht auf beide Unternehmen ein. Er informiert, dass dem Unternehmen Schrag zwei andere Flächen im gleichen Gewerbegebiet angeboten wurden, welche nicht angenommen wurden. Herr Geissler könne derzeit noch nicht abschließend sagen, ob seitens der IAV das Vorhaben realisierungsfähig sei, erklärt aber, dass dies die einzige und letzte Möglichkeit sei, die IAV in Chemnitz zu halten. Er bittet der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) gibt zu Bedenken, dass es bei der Entscheidung auch um Glaubwürdigkeit und Vertragstreue gehe. Mit der Absichtserklärung der IAV seien noch keine Sicherheiten gegeben und es seien viele Fragen offen. Er fragt, ob der IAV in der Vergangenheit diese Fläche bereits einmal angeboten wurde und wie die Reaktion war.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) kann sich nicht vorstellen, dass die Anfrage der IAV zu dieser konkreten Fläche so überraschend kam, wenn bekannt sei, dass das Unternehmen expandieren möchte. Er fragt, warum der Firma Schrag nicht von vornherein andere Flächen angeboten wurden. Auch möchte er wissen, ob der Firma IAV das Wasserschänkengebiet angeboten wurde und warum sie diese Fläche abgelehnt habe.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) möchte wissen, ob rechtliche Schritte der Firma Schrag gegenüber der Stadt aufgrund des Stadtratsbeschlusses möglich seien.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) möchte von Herrn Bürgermeister Runkel wissen, ob aufgrund des Beschlusses vom 30.05.2012 die Firma Schrag konkludentes Verhalten der Stadt ableiten und daraus schlussfolgernd aktiv werden konnte.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass es um Glaubwürdigkeit gehe und er nicht erkennen könne, dass durch die Aufhebung des Beschlusses die Situation für die Stadt verbessert werde.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) befürchtet, dass durch diesen Deal Kosten auf die Stadt zukämen, die noch niemand benennen könne.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) fragt Herrn Geissler, welcher Schaden für zukünftige Geschäfte mit der Stadt Chemnitz entstehen würde, wenn der Beschluss aufgehoben werde.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) möchte wissen, wie konkret mit der IAV über Zahlen gesprochen wurde.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) fragt, in welcher Dimension erforderliche Rückbauten von Straßen und die eventuelle Rückzahlung von Fördergeldern bei Aufhebung des Beschlusses liegen.

Herr Geissler informiert, dass die betreffende Fläche der IAV im Jahr 2005 bereits angeboten wurde und diese aus topografischen Gründen nicht für geeignet gehalten wurde. Im Weiteren wurden der IAV zwei in Chemnitz in dieser Größenordnung zur Verfügung stehenden Flächen benannt. Zu einem möglichen zukünftigen Schaden bei Verhandlungen mit anderen Unternehmen äußert er, dass dies eine schwierige Situation sei. Er weist darauf hin, dass die IAV ein Traditionsunternehmen sei und mit einer Expansion in die Liga von Siemens und VW in Chemnitz aufsteigen würde. Vor diesem schwierigen Hintergrund komme er zu dem Ergebnis, den Prozess mit der IAV weiterzuführen.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass der Stadtratsbeschluss vom 30.05.2012 lediglich Innenwirkung habe aus welchem sich keine zivilrechtlichen Anspruch zum Vollzug eines Vertrages ableiten ließen. So könne die Firma Schrag die Oberbürgermeisterin nicht verpflichten den Vertrag zu genehmigen, dies könne lediglich der Stadtrat.

Er führt aus, dass beide Vertragspartner bis zum Grundbuchvollzug die Möglichkeit haben vom Vertrag zurückzutreten. Dies habe in der Regel keine Konsequenzen, es sei denn, dass der Rücktritt willkürlich, ohne triftigen Grund erfolgen würde. In der vorliegenden Situation läge dabei jedoch ein triftiger Grund vor. Aber durch den Stadtratsbeschluss könne ein qualifizierter Vertrauenstatbestand für die Firma Schrag entstanden sein. Insofern könnten allenfalls für Handlungen, welche die Firma Schrag auf Vertrauen des Stadtratsbeschlusses im Zeitraum 30.05. – 08.06.2012 vorgenommen habe Schadensersatzansprüche entstehen.

Aufgrund berechtigter Interessen Einzelner wird an dieser Stelle die **Nichtöffentlichkeit** der Sitzung entsprechend § 37 Abs. 1 SächsGemO hergestellt.

nichtöffentliche Behandlung siehe separate Niederschrift

Die **Öffentlichkeit** der Sitzung wird wieder hergestellt.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) beantragt eine Auszeit

Auszeit von 22:39 Uhr bis 22:47 Uhr

Frau Bürgermeisterin Wesseler informiert darüber, dass die Firma Schrag einer Verlängerung der Frist zur Vertragsunterzeichnung bis Freitag, den 06.07.2012 zugestanden habe.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass diese Frist genutzt werden solle eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass dies bereits in den letzten Tagen versucht wurde.

Beschluss B-197/2012

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses Nr. B-067/2012 vom 30.05.2012 - Verkauf einer Teilfläche des Flurstücks 292/12 der Gemarkung Stelzendorf im Gewerbegebiet „An der Jagdschänkenstraße“ - Südwest-Quadrant.

| | |
|-------------|--------------------------------------------------------|
| Grundstück: | Jagdschänkenstraße |
| Gemarkung: | Stelzendorf |
| Flurstück: | 292/12 (Teilfläche) |
| Größe: | ca. 15.731 m ² |
| Vekäufer: | Stadt Chemnitz |
| Käufer: | Schrag und Goswin Immobilien-Verwaltungs-GmbH & Co. KG |

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(8 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sichert zu, mit der IAV weiter zu verhandeln.

6 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob der Stadtrat heute mit der Zuversicht auseinander gehen könne, dass die Oberbürgermeisterin gemeinsam mit den Bürgermeistern die Lücke von 600.000 € schließen werde, ohne dass eine weitere Sondersitzung einberufen werden müsse.

Abschließend fragt er, ob Herr Bürgermeister Brehm eine globale Minderausgabe über alle Dezernate hinweg festlegen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkten aus der Sitzung keine Fragen gestellt werden dürfen. Aus diesem Grund wurden die Fragen zu Protokoll genommen, müssten aber zu einem späteren Zeitpunkt nochmals gestellt werden.

7 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift
der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Dr. Szymenderski (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bestätigt.

10.07.2012 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

11.07.2012 *P. Szymenderski*
Datum Dr. Szymenderski
Mitglied
des Stadtrates

11.07.2012 *Lehmann*
Datum Lehmann
Mitglied
des Stadtrates

10.07.2012 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin